



**dbb**  
**beamtenbund**  
**und tarifunion**

landesbund  
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62  
55118 Mainz

Postfach 17 06  
55007 Mainz

Telefon (06131) 61 13 56  
Telefax (06131) 67 99 95

E-Mail: [post@dbb-rlp.de](mailto:post@dbb-rlp.de)

## Rundschreiben Nr. 27/2024

### **An**

- a) Mitgliedsgewerkschaften der Landes- und Kommunalbediensteten
- b) dbb jugend rheinland-pfalz
- c) dbb landesfrauenvertretung rheinland-pfalz
- d) dbb Bezirks- und Kreisverbände

### nachrichtlich

- a) Mitglieder des dbb Landesvorstandes
- b) dbb Ehrenvorsitzende
- c) dbb Ehrenmitglieder
- d) dbb Kassenprüfer
- e) dbb arbeitnehmervvertretung rheinland-pfalz

Mainz, 26.11.2024  
he/--

## **Gewerkschaftspolitisches Spitzengespräch mit der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz am 21.11.2024;**

*Für einen starken und leistungsfähigen Staat*

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

zu einem Lagegespräch hinsichtlich des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz war die dbb Landesleitung am 21.11.2024 zu Gast bei der SPD-Landtagsfraktion.

Grundeinigkeit bestand zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, darüber, dass der öffentliche Dienst für unseren Staat und unsere Gesellschaft in Rheinland-Pfalz wichtige Aufgaben erfüllt.

Das ist aus Gewerkschaftssicht ein wertvolles Gut, das entsprechende Anerkennung für das Personal erfordert.

Die SPD-Landtagsfraktion postete nach dem Termin: „Wir wollen ihn (*den öffentlichen Dienst, Anm.*) mit unserer parlamentarischen Arbeit dafür stärken und in jeder Hinsicht gut ausstatten.“

Mit Blick auf den aktuellen Entwurf des Landeshaushalts unterstrich die dbb Delegation auch gegenüber der SPD-Fraktion, dass trotz grundsätzlich akzeptabler Eckwerte viel mehr Geld in den öffentlichen Dienst investiert werden müsste, damit es in Zeiten ständigen Aufwuchses und verschärften Fachkräfte- sowie Nachwuchsmangels einen echten Boost geben kann.

Der diesjährige Gewerkschaftstag des dbb rheinland-pfalz hat Vorschläge beschlossen, wofür zusätzlich Geld in die Hand genommen werden sollte zur Förderung von Personalgewinnung und -bindung im öffentlichen Dienst.

Die dbb Landesleitung warb deshalb für eine Anwärterinitiative, in der die Anwärterbezüge weiter angepasst und weitere Attraktivitätsbausteine wie Wohnungsfürsorge und Mobilität beachtet werden müssten.

Auch für einen berufsanfängerfreundlichen Zuschnitt der Besoldungstabellenstufen zeigte sich die Landesleitung diskussionsbereit.

Praxisberichte über erschwerte Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung etwa in der Finanzverwaltung führten zu Verbesserungsvorschlägen der dbb-Seite auf angepasste Reisekostenentschädigung und Trennungsgeldgewährung in Ausbildung. Es müsse darum gehen, dass Nachwuchskräfte und Bestandspersonal den öffentlichen Arbeitgeber als fairen Freund begreifen.

Die SPD-Seite zeigte sich hinsichtlich einer Erhöhung von Anwärterbezügen und Wohnungsfürsorge skeptisch, da sie Mitnahmeeffekte der Vermieter fürchtet.

Eine Prüfung der Trennungsgeldhöhen hält sie hingegen für angezeigt.

Die Gemengelage sei indes schwierig: Die heutigen Nachwuchskräfte hätten oft andere Vorstellungen als frühere Jahrgänge, der Druck auf die Arbeitsgeberseite steige. Man müsse zusehen, hier mit kleineren Faktoren zu punkten und das Image des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber zu verbessern, etwa durch Betonung der grundsätzlich vergleichsweise günstigen Altersversorgung.

Die dbb Delegation forderte sodann verschiedene (Erschwernis-)Zulagen im Feuerwehr- und Justizvollzugsdienst. Auch die Ruhegehaltfähigkeit von Stellszulagen im Polizei-, Feuerwehr- und Justizdienst wurde erneut gefordert.

Die Regierungsfractionen hätten den letzten Punkt bei den Beratungen über das jüngste Anpassungsgesetz genau abgewogen, so die SPD-Gesprächspartner. Rheinland-Pfalz rangiere hier nach den kürzlichen Anpassungen auf einem guten Platz im Bund-Länder-Reigen. Konzeptionell könne es keine Fortschreibung der Zulagen im Ruhestand geben, in dem die auslösende Dienstfunktion ja nicht mehr ausgeübt werde.

Diese Argumentation lehnte die dbb-Seite ab unter Verweis auf den Bund und die Bundesländer, die die Ruhegehaltfähigkeit gut begründet gesetzlich verbrieft haben.

Der gewerkschaftliche Vorschlag einer bedingten Angriffssentschädigung wurde ebenso unterbreitet wie die erneuten Forderungen nach Abschaffung der beihilfenrechtlichen Kostendämpfungspauschale sowie nach Anpassung und Dynamisierung der beihilfenrechtlichen (Ehe-)Partner-Einkünftegrenze.

Die SPD-Landtagsabgeordneten sagten zu, sich das hessische Angriffssentschädigungsmodell anzuschauen; den beihilferechtlichen Forderungen erteilten sie eine Absage.

In einem bildungspolitischen Exkurs monierten die Bildungsgewerkschaftsvertreter in der dbb Landesleitung die wachsende Entprofessionalisierung im Schuldienst durch teilausgebildete Lehrkräfte im tatsächlichen Schuleinsatz. Gefordert wurden mehr fertig ausgebildete Lehrkräfte sowie fachpersonell besetzte multiprofessionelle Teams im Schulverbund. Das koste Geld, das das Land unbedingt zur Aufrechterhaltung der Bildungsqualität in die Hand nehmen müsse.

Die SPD-Fraktionsvertreter gaben zu, dass man mit Fachkräftekampagnen oftmals am zu kleinen Tischtuch ziehe. Sie kritisierten, dass öffentliche Arbeitgeber zu häufig gegenseitig Raubbau am kleiner werdenden Personalpool betrieben. Hier werde die absehbare Entwicklung hin zu Besoldungsgruppe A 13 für Grundschullehrkräfte voraussichtlich mildernd wirken können.

In einem medienpolitischen Exkurs tauschten sich die Delegationsleitungen aus über die Reform der ARD sowie über den Entwurf zur Änderung des Staatsvertrages über den SWR. Dem dbb rheinland-pfalz geht es dabei um Erhalt der Regionalität im Programm und in der Senderstruktur.

An dem Gespräch nahmen von der SPD-Landtagsfraktion deren Vorsitzende Sabine Bätzing-Lichtenthäler sowie der Abgeordnete Markus Stein (haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der Fraktion) und Fraktionsreferent Dr. Lukas Herr teil.

Die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz wurde begleitet von den stellv. Landesvorsitzenden, Johanna Mieder, Hans-Dieter Gattung, Lars Lamowski, Peter Mertens und Robert Tophofen sowie Landesgeschäftsführer Malte Hestermann.

Mit freundlichen Grüßen



Lilli Lenz  
Landesvorsitzende